Morgen-Ausgabe. Nr. 10 — Donnerstag, 7. Januar 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.40, durch Postbezug RM. 3.40 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Abend-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Fliegergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Wettlauf zwischen Schiff und Parlament

USA stoppt Waffenausfuhr nach Spanien

Dampfer mit Kriegsmaterial trotzdem ausgelaufen

Neuyork, 6. Januar.

Der Senat und das Repräsentantenhaus haben die Pittman-Entschließung, durch die die Waffenausfuhr nach Spanien unterbunden werden soll, angenommen und sie sofort dem Weißen Haus zur Unterzeichnung weitergeleitet. Der Frachtdampfer „Mar Cantabrico", mit einer Ladung von Kriegsmaterial im Werte von 2 700 000 Dollar für die spanischen Roten, wurde kurz nach seiner Ausfahrt auf der Höhe von Sandy Hook noch innerhalb der Dreimeilenzone von einem Küstenwachtflugzeug und einem Wachtschiff angehalten und zur Umkehr gezwungen. Später ist die „Mar Cantabrico" dann doch wieder freigelassen worden. Das Schiff erreichte das offene Meer und hat die amerikanischen Hoheitsgewässer mit dem Ziele Sowjetspanien verlassen.

Fast zur selben Zeit, zu der der Vorsitzende des Außenausschusses des Senats, Senator Pittman, die Notstandsentschließung einbrachte, fuhr der Frachtdampfer „Mar Cantabrico" nach Cartagena ab. An Bord befand sich das Kriegsmaterial, das der jüdische Makler Cuse im Auftrage der spanischen Bolschewisten aufgekauft hatte.

Das Frachtschiff verließ das Dock auf der Brooklyner Seite des Neuyorker Hafens um 13,45 Uhr. Die Abfahrt erfolgte so eilig, daß keines der in Kisten verpackten acht Flugzeuge auf dem Deck ordnungsmäßig verstaut werden konnte. Im Laderaum befanden sich riesige Mengen an Kriegsmaterial, Lebensmitteln und Medikamenten für die spanischen Roten. Mit welcher Eile die Abfahrt betrieben wurde, geht aus der Tatsache hervor, daß eine große Kiste mit Flugzeug-Ersatzteilen auf dem Pier zurückgelassen wurde.

Auf der Höhe von Sandy-Hook wurde die „Mar Cantabrico" nach ihrer Aufbringung wieder freigelassen. Das Küstenwachschiff hat den Dampfer bis zur Drei-Meilen-Grenze gebracht. Das Schiff hat um 22,15 Uhr MEZ nach Passieren des Ambrose-Leuchtschiffes das offene Meer erreicht.

Die Anhaltung des Dampfers und seine schnelle Freilassung hat folgende Vorgeschichte: 15 Minuten vor Abfahrt der „Mar Cantabrico" war ein Rechtsvertreter der amerikanischen Flieger, Bert Acosta und Kapitän Gordonberry, die kurze Zeit für die Bolschewisten in Spanien gekämpft hatten, erschienen. Der Neuyorker Bundesrichter hatte diesem Rechtsvertreter einen Beschlagnahmebefehl gewährt, da beide Flieger auf je 6100 Dollar Gehalt für ihre Flugdienste in Spanien klagten. Die Gerichtsbeamten trafen jedoch am Brooklyn-Pier erst nach Abfahrt des „Mar Cantabrico" ein. Da der Beschlagnahmebefehl jedoch gegen die Schiffsladung, anstatt gegen das Schiff selbst gerichtet war, hob der Kommandant der Küstenwache den Befehl, den Dampfer an den Pier zurückzubringen, wieder auf.

Gefängnis für Waffenausfuhr

Die Notstandsentschließung bezeichnet die Kämpfe in Spanien als einen „Krieg von ungewöhnlicher Brutalität, der sich über die Grenzen Spaniens hinaus auszudehnen droht". Die Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial an eine der beiden kämpfenden Parteien ist, so heißt es in der Entschließung weiter, gefährlich für die Sicherheit und den Frieden der Vereinigten Staaten und verstößt gegen die Politik der Nichteinmischung der amerikanischen Regierung. Es besteht ein Notstand, der eine sofortige gesetzgeberische Handlung erfordert.

Die Entschließung sieht die Verhängung einer Geldstrafe von 10 000 Dollar und von 5 Jahren Gefängnis für denjenigen vor, der „Waffen, Munition oder Kriegsmaterial von irgendeinem Ort der Vereinigten Staaten oder deren Besitzungen nach Spanien oder nach irgendeinem anderen fremden Lande ausführt zwecks Weiterbeförderung nach Spanien zur Verwendung für eine der sich dort gegenüberstehenden Parteien".

Erschießungen auf dem roten Kreuzer „Jaime I"

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 6. Januar.

Nach einer Meldung aus Santander sind auf dem bolschewistischen Kreuzer „Jaime I." mehrere rote Offiziere verhaftet worden, angeblich wegen Auflehnung gegen die roten Machthaber. Der Kapitän des Schiffes und zwei Offiziere sollen bereits erschossen worden sein.

Nach einer weiteren Meldung ist bei einem Luftangriff bolschewistischer Flieger auf die Stadt Murcia ein Sowjetflieger brennend abgeschossen worden.

Roosevelts Jahresbotschaft an den Kongreß

Verlängerung der Vollmachten gefordert – Die „Ueberlegenheit der Demokratien"

Washington, 6. Januar.

Präsident Roosevelt verlas am Mittwochmittag vor den in gemeinsamer Sitzung versammelten beiden Häusern des Bundesparlaments seine jährliche Botschaft zur Eröffnung der diesjährigen Parlamentstagung.

Der Präsident bezeichnete zunächst als dringlichste Maßnahme die Verlängerung der ihm vom Kongreß gewährten, aber in den nächsten Wochen ablaufenden Ermächtigungen, womit er u. a. die Regelung des Goldgehaltes des Dollars, die Verwaltung des Stabilisierungsfonds, den Abschluß von Handelsverträgen und das Neutralitätsgesetz meinte. Ferner verlangte er Ausdehnung der Neutralitätsbestimmungen auf den Krieg in Spanien. Schließlich verlangte Roosevelt Nachtragsbewilligung für den Rest des Haushaltjahres.

Zur eigentlichen Darlegung der Lage der Union übergehend, glaubte Roosevelt zunächst eine Ueberlegenheit der Demokratie gegenüber anderen Regierungsformen feststellen zu können. Allerdings mußte der Präsident an Hand der bisher erreichten Ergebnisse seiner vierjährigen Amtsperiode zugeben, daß vieles noch unerledigt sei, insbesondere hinsichtlich der Frage besserer Wohnungen für die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land und der Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der Not der Farmer.

Sodann ging Roosevelt auf das ihm sehr am Herzen liegende Wirtschaftsreformprogramm ein, das ihm vom Obersten Bundesgericht durch die Auflösung des NIRA-Systems zerschlagen wurde. Er betonte, daß das NIRA-Gesetz zwar für verfassungswidrig erklärt wurde, daß aber die NIRA-Probleme nach wie vor beständen und daß die 48 Einzelstaaten diese Probleme nicht jeder für sich lösen könnten.

Schließlich widmete Roosevelt der amerikanischen Friedenssicherungs-Konferenz in Buenos Aires sehr herzliche Worte. Dort sei für 250 Millionen Menschen der westlichen Halbkugel Friede und Sicherheit geschaffen worden, und er hoffe, daß dieses Beispiel eine heilsame Wirkung auf die übrige Welt haben werde.

*

Seit einiger Zeit gibt es kaum eine Rede des amerikanischen Präsidenten, in der nicht auf die „Ueberlegenheit" der demokratischen Regierungsform angespielt wird. Wenn Roosevelt auch diesmal wieder eine solche Feststellung treffen zu müssen glaubte, so ist zumindest der Zeitpunkt nicht sehr günstig gewählt. Roosevelts innerpolitische Erfolge, die wir nicht verkennen wollen, sind in erster Linie seinem autoritären Regierungskurse zu verdanken, der ihn von den hemmenden demokratischen Einrichtungen weitgehend unabhängig gemacht hat. Aber auch außerhalb der Vereinigten Staaten läßt sich gegenwärtig nicht allzuviel Ehre mit dem demokratischen Staatsgedanken einlegen. Zum Beispiel legelt die Blutherrschaft der spanischen Roten noch immer unter dem Firmenschild einer Demokratie. In den sogenannten Demokratien sind innere Unruhen an der Tagesordnung, während in den autoritär regierten Staaten Sicherheit und Ordnung herrscht. Auch die friedenstiftenden Werte der Demokratie stehen zur Zeit nicht allzu hoch im Kurs. Im Gegenteil: gerade die autoritär geführten Staaten haben viel weitgehendere, offenere und vorbehaltlosere Friedensangebote gemacht als die parlamentarisch geführten Länder, bei denen die innere Zerrissenheit einer großzügigen Außenpolitik oft unüberwindliche Hindernisse in den Weg legte.

Klarer Kurs Danzigs

Es ist nicht durch die Regierung der Freien Stadt veranlaßt, daß die sogenannte „Danziger Frage" wieder in den Vordergrund tritt. Auch nicht bei Freunden Danzigs liegen die Ursachen, sondern im Gegenteil bei jenen Stellen, die die Freie Stadt lediglich als Vorwand benutzen, um ihre eigenen politischen Geschäfte zu betreiben. Das gilt von den Oppositionsparteien in Polen, gilt von dem früheren Senatspräsidenten Dr. Rauschning und gilt nicht zuletzt vom Völkerbund, der auf seiner Ratstagung im Januar sich damit beschäftigen wird, wer der Nachfolger des Herrn Lester werden soll, und im Zusammenhang damit wird man in Genf die Frage der Danziger Verfassung aufrollen. Es hieße der Person des Dr. Rauschning zu viel Ehre antun, wollte man auf seinen Erguß in einer deutschfeindlichen Zeitschrift näher eingehen. Sein Treiben ist für die Belange der Freien Stadt schon seit längerer Zeit höchst schädlich gewesen, und wenn es jetzt an das Tageslicht kommt, daß Rauschning bereits während der Beschwerden an den Völkerbund von anderer Seite ebenfalls eine Anklageschrift gegen die NSDAP und gegen die Danziger Regierung an die Genfer Adresse richtete, so kennzeichnet ihn dies zur Genüge. Unter den schwierigsten Verhältnissen sind Regierung und Partei in Danzig den Weg der Einigung und Sammlung gegangen. Von außen her versuchte man im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung, Danzig als Parteienstaat zu erhalten. Eine von außen her aufgezwungene Verfassung sollte dazu die Handhabe bieten. Von außen her mischte sich der internationale Marxismus ein. Das alles hat die Entwicklung der Freien Stadt im vergangenen Jahre zu überwinden vermocht. Wohl hat es manchen Sturm gegeben, aber die inneren Wallungen haben, wenn man sie jetzt rückblickend überschaut, schließlich nur den Erfolg gehabt, die klaren Verhältnisse herbeizuführen, die wir jetzt in Danzig vorfinden. Vom Streit und Hader der Parteien ist in der Gegenwart nichts mehr zu merken. Die Sozialdemokratische Partei, die wegen ihrer illegalen Tätigkeit Mitte Oktober vom Danziger Polizeipräsidenten aufgelöst wurde, ist verschwunden, ohne Spuren zu hinterlassen. Die sogenannten Danziger „Deutschnationalen", die sich einst als heftige Gegner des Nationalsozialismus hervortaten, haben sich gewandelt und bekunden jetzt zum größten Teil den Willen zur Zusammenarbeit. Nur noch im Zentrum verharrt man in einer unfruchtbaren Opposition, wobei der Einfluß einiger politisierender Geistlicher unverkennbar ist. Demgegenüber hat der Nationalsozialismus in Danzig nicht nur äußerlich an Stärke gewonnen durch Gewinnung neuer Anhänger, sondern auch innerlich. Bis auf verschwindende kleine Reste geht die Danziger Bevölkerung bejahend und überzeugt den Weg ihrer Regierung mit. Partei und Staat sind im vergangenen Jahre so innig ineinander verschmolzen, daß ihre Trennung nun nicht mehr möglich ist.

Einen eigenartigen Anteil nehmen die Oppositionsparteien im polnischen Nachbarstaat an dem Geschehen in Danzig. Sie tragen eine heftige Anti-Danzig-Propaganda bis in Winkel des weiträumigen Landes, in denen man bisher wirklich nicht gewohnt war, sich um Dinge zu kümmern, die dem Lemberger, Wilnaer oder Pinsker Bürger vollständig fern lagen. Man muß dabei zwei Richtungen der Opposition unterscheiden. Die eine ist die der Linkskreise, die gegen Danzig hetzen, einfach weil der Freistaat nationalsozialistisch ist. Sie handeln nach der sattsam bekannten Parole, die in der Formulierung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" vor einer Reihe von Jahren von Moskau ausgegeben wurde. Diese Parole haben sich aber auch die Sozialdemokraten und sogar weiter rechts stehende Gruppen zu eigen gemacht. Kürzlich wurde in einem Ausschuß des polnischen Sejm offen darauf aufmerksam gemacht, in wie hohem Maße das gesamte polnische Nachrichtenwesen, der polnische Rundfunk und die polnische Presse jüdischem Einfluß unterworfen sind. Angesichts dieser Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, daß die Lügen über Danzig eine so bereitwillige Aufnahme und eine so weite Verbreitung finden. Von bewußten Brunnenvergiftern werden immer wieder Falschmeldungen über die Behandlung des Polentums in Umlauf gesetzt. Es gibt aber in Danzig nur eine kleine polnische Minderheit, und diese genießt gerade seit 1933 eine Behandlung, wie man sie sich großzügiger nicht denken kann. Das polnische Schul- und Vereinswesen ist im Freistaat nicht gehemmt, sondern gefördert worden, und hat sich so entwickelt, daß es allen berechtigten polnischen Ansprüchen genügt. Das Gejammere über Vergewaltigung hat denn auch ungewollt das eine Gute gezeitigt, selbst in chauvinistischen polnischen Kreisen die Erkenntnis zu verbreiten, daß Danzig nicht, wie oft behauptet wurde, von Rechts wegen polnisch sein müßte, sondern eine